



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Datum: 27.04.2023

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025
am Montag, dem 30.01.2023, 17:00 Uhr bis 18:37 Uhr,
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Werner Marx	CDU
Herr Ulrich Müller	SPD
Herr Pascal Pütz	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag von Volt

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Florian Weber	CDU
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Michael Hock	Die FRAKTION
Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Thomas Hilden	Auf Vorschlag von Grünen

Herr Axel Sommer	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag von SPD
Herr Aaron Appuhn	Auf Vorschlag von CDU
Herr Axel Hopfauf	Auf Vorschlag von CDU
Herr Jürgen Schuiszill	Auf Vorschlag von CDU
Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag von SPD
Herr Sascha Kaldewey	Auf Vorschlag von FDP
Herr Marcel Adolf	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Auf Vorschlag des Integrationsrates
------------------------------------	-------------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------------	-----------------------------------

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Herr Dr. Lothar Becker
Frau Alessandra Caroli
Frau Petra Engel
Frau Athene Hammerich
Frau Dr. Birte Klemm
Frau Dr. Monique Offelder

GPR

Herr Jörg Dicken

GSBV

Frau Daya Holzhauer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Felix Spehl	CDU
------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke

Auf Vorschlag von SPD

Nach der Eröffnung der Sitzung des AVR und der Begrüßung der Anwesenden durch den Ausschussvorsitzenden trägt er die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

- 2.2 0370/2023
Tätigkeitsbericht 2022 des Büros für Europa und Internationales
(zugesetzt am 27.01.2023)
- 3.6 0095/2023
Multifunktionales Kundenzentrum
(zugesetzt am 23.01.2023)
- 3.7 0020/2023
Reversible Haarnadeln
(zugesetzt am 27.01.2023)
- 4.7 1020/2022
Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung
(zugesetzt am 20.01.2023)
- 4.8 0003/2023
Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 17. Januar 2023
(zugesetzt am 26.01.2023)
- 6.2.2 AN/0179/2023
Kostenentwicklung externe Beauftragungen
(zugesetzt am 25.01.2023)

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im nichtöffentlichen Teil vor:

- 17.5 4120/2022
Bedarfsfeststellung zur Büroflächenerweiterung der Kernverwaltung im Rahmen der Wohngeldnovelle
(zugesetzt am 27.01.2023)

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es seitens der Fraktionen weitere Wünsche bezüglich Zusetzungen und Absetzungen gebe.

RM Görzel bittet darum, den Tagesordnungspunkt 10.4 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu übergeben.

RM Marx bittet darum, den Tagesordnungspunkt 4.2 zurückzustellen.

Der Ausschuss einigt sich (nach einer Diskussion) darauf, den Tagesordnungspunkt 2.1 zurückzustellen.

Der Vorsitzende lässt über die so festgelegte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einstimmig einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Total E-Quality Prädikat
Erneute Auszeichnung der Stadt Köln von 2022-2024
3683/2022

2 Internationales

- 2.1 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln
3238/2022
- 2.2 Tätigkeitsbericht 2022 des Büros für Europa und Internationales
0370/2023
- 2.3 Information zum weiteren Vorgehen bei der Unterstützung der Stadt Dnipro
0037/2023

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Volt (AN/1815/2022) betreffend "Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln"
3529/2022
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion (AN/1839/2022) betreffend "Ausbau und Sicherstellung der Betreuung in der Bildungskette"
3863/2022
- 3.3 Beantwortung einer Anfrage der FDP Fraktion (AN/2165/2022) betreffend "Antikorruptionsrichtlinien der Stadt Köln"
4072/2022
- 3.4 Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion (AN/2190/2022) betreffend "Maßnahme des Ordnungsdienstes der Stadt Köln im Cinenova" am 20.11.2022
4082/2022
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage der AfD Fraktion (AN/2187/2022) betreffend "Kontrollen durch Polizei, Ordnungsamt und weitere Behörden"
4219/2022
- 3.6 Beantwortung einer Anfrage der FDP Fraktion (AN/2182/2022) betreffend "Multifunktionales Kundenzentrum"
0095/2023

- 3.7 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE FRAKTION (AN/0905/2022) betreffend "Reversible Haarnadeln"
0020/2023

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 -
- 4.2 Sponsoringrichtlinie
3908/2022
- 4.3 Projekt Personalrisikomanagement - Fazit
4006/2022
- 4.4 Straßenkarneval 2023
Hier: Darstellung der Prüfergebnisse zum Ratsbeschluss vom 08.12.2022, TOP 3.1.6
0149/2023
- 4.5 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
0138/2023
- 4.6 Mitteilung zu DE 4030/2022 - schulrechtliche Änderung mehrerer Gymnasien ab den Schuljahren 2023/24 und 2024/25
0045/2023
- 4.7 Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung
1020/2022
- 4.8 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 17. Januar 2023
0003/2023

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfragen aus vorherigen Sitzungen
- 6.2 Neue Anfragen
- 6.2.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Synergieeffekte zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen"
AN/0017/2023
- 6.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Kostenentwicklung externe Beauftragungen"
AN/0179/2023

6.3 Abgeschlossene Anfragen

- 6.3.1 Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen
AN/0070/2017
- 6.3.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Köln – Politisch motivierte Kriminalität - rechts (PMK-rechts)
AN/1854/2017
- 6.3.3 Antragsstau bei den Ausländerämtern in Köln: Werden nun endlich Stellen zugewiesen?
AN/2200/2021
- 6.3.4 Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie in Köln
AN/0732/2022
- 6.3.5 Arbeitskräftemangel bei der Stadt: Aktuelle Personalsituation
AN/1645/2022
- 6.3.6 Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln
AN/1815/2022
- 6.3.7 Antikorruptionsrichtlinien der Stadt Köln
AN/2165/2022
- 6.3.8 Multifunktionales Kundenzentrum
AN/2182/2022
- 6.3.9 Kontrollen durch Polizei, Ordnungsamt und weitere städtische Behörden
AN/2187/2022

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Anfrage der StadtAG LST betreffend: "Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln"

8 Anträge

- 8.1 Antrag der Fraktionen: Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die LINKE, FDP, Volt betreffend "Beitritt zur Kampagne der Menschenrechtsstädte."
AN/2305/2022

9 Platzvergaben

- 9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2023
4153/2022

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Mitgliedschaft der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln beim Deutschen Institut für Interne Revision e.V. (DIIR), Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main
4079/2022
- 10.2 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2023 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
4182/2022
- 10.3 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024
4117/2022
- 10.4 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 01. August 2011, hier: Neufassung der Satzung
1758/2022

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

- 11.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe von Leistungen für den Themenbereich Sicherheit im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Fußball EM 2024
3639/2022/1
- 11.2 ECAS/Afrika-Festival "African Futures"
hier: Freigabe der Finanzmitteln für das Rahmenprogramm des Afrika Festivals
3913/2022

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

13 Mitteilungen der Verwaltung

- 13.1 Abschluss eines Interimsvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf Kölner Stadtgebiet
0096/2023

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Prüfung nicht eingesetzter IT- Verfahren einschließlich Mobilanwendungen und deren Nutzung
3280/2022

17.2 Prüfbericht zur Prüfung der Anordnung und Abwicklung von ordnungsbehördlichen Bestattungen bei 32/Amt für öffentliche Ordnung
3367/2022

17.3 Entwicklungsplanung Weststadt, hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Erarbeitung der Entwicklungsplanung
3672/2022

17.4 Bedarfsfeststellung für externe Beratungsleistung für Organisationsprojekte in den Jahren 2023 und 2024
0050/2023

17.5 Bedarfsfeststellung zur Büroflächenerweiterung der Kernverwaltung im Rahmen der Wohngeldnovelle
4120/2022

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Total E-Quality Prädikat Erneute Auszeichnung der Stadt Köln von 2022-2024 3683/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2 Internationales

2.1 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln 3238/2022

Die Vorlage wird zurückgestellt.

2.2 Tätigkeitsbericht 2022 des Büros für Europa und Internationales 0370/2023

RM Schwanitz bittet darum, den Bericht in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen, um diesem lobenswerten Bericht mehr Aufmerksamkeit schenken zu können.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

2.3 Information zum weiteren Vorgehen bei der Unterstützung der Stadt Dnipro 0037/2023

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Volt (AN/1815/2022) betreffend "Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln" 3529/2022

Frau Brunner erkundigt sich, ob bei der Beantwortung zu Frage 1 und zu Frage 3 konkret Diskriminierungsfreies Handeln gelehrt worden sei, dies sei in der Überschrift nicht erkennbar. Zudem fragt sie nach, ob verpflichtende Schulungsangebote auch für alle Mitarbeitenden angeboten werden können.

Frau Dr. Offelder antwortet, dass diskriminierungsfreies Handeln Teil der Führungsaufgabe sei und die Führungskräfte geschult sein müssten, um Diskriminierung erkennen und dagegen vorzugehen zu können. Es gebe ebenfalls Schulungsangebote für Mitarbeitende, an denen freiwillig teilgenommen werden könne. In bürgernahen Bereichen und auf Wunsch der jeweiligen Fachdienststellen besteht auch die Mög-

lichkeit von verpflichtenden Schulungen für Mitarbeitende, wie z.B. das aktuelle Pilotprojekt im Amt 32.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Herr Dicken teilt mit, dass derzeit an einer Dienstvereinbarung zum Thema Antidiskriminierung gearbeitet werde. Es soll künftig eine Beratungs- und Beschwerdestelle zu dem Thema eingerichtet werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion (AN/1839/2022) betreffend "Ausbau und Sicherstellung der Betreuung in der Bildungskette" 3863/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer Anfrage der FDP Fraktion (AN/2165/2022) betreffend "Antikorruptionsrichtlinien der Stadt Köln" 4072/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung einer Anfrage der SPD Fraktion (AN/2190/2022) betreffend "Maßnahme des Ordnungsdienstes der Stadt Köln im Cinenova" am 20.11.2022 4082/2022

Auf die Nachfrage von RM Dr. Krupp ob ein Gespräch mit der Kinoleitung stattgefunden habe und der Frieden wieder hergestellt werden können, bestätigt Frau Hammerich, dass ein klärendes Gespräch erfolgreich stattgefunden habe.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.5 Beantwortung einer Anfrage der AfD Fraktion (AN/2187/2022) betreffend "Kontrollen durch Polizei, Ordnungsamt und weitere Behörden" 4219/2022

In der Sitzung gestellte Nachfragen werden im Nachgang wie folgt beantwortet:

Frage: Welche Verstöße konnten im Rahmen der Kontrollen festgestellt werden?

*Im Rahmen der Kontrollen wurden durch die Einsatzkräfte des Ordnungsamtes zum Teil mehrere Verstöße gegen die Verordnung über das Bewachungsgewerbe festgestellt. Hierunter fallen unter anderem fehlende Dienstaussweise oder falsche sowie fehlende Angaben auf dem Dienstaussweis der bewachenden Person. Darüber hinaus wurden mehrere Verstöße gegen verschiedene Auflagen wie zum Beispiel fehlerhafte Personalbögen festgestellt. Bei einigen Betrieben war kein Wachbuch vorhanden oder dieses wurde fehlerhaft geführt. In zwei Fällen wurde den Bewacher*innen aufgrund diverser Verstöße eine Weiterbeschäftigung für diesen Abend untersagt.*

Frage: Welche Verstöße haben vorgelegen?

*Durch das Ordnungsamt wurden insgesamt 22 Verstöße im Zusammenhang mit den Dienstaussweisen der Bewacher*innen festgestellt.*

In 6 Fällen fehlte der Dienstaussweis, in 7 Fällen war der Dienstaussweis unvollständig oder fehlerhaft und in 9 Fällen wurde das Namensschild nicht getragen.

Folgende Angaben müssen im Dienstaussweis enthalten sein (vgl. §18 Abs. 1 Satz 1, §22 Abs. 1 Nr.4 BewachV):

-Vor- und Nachname der Wachperson

-Name und Anschrift des Gewerbetreibenden

-Unterschrift der Wachperson sowie des Gewerbetreibenden

-Bewacherregisteridentifikationsnummern der Wachperson und des Bewachungsunternehmens

Das fehlende oder nicht sichtbar getragene Namensschild ist in §18 Abs. 3, §22 Abs. 1 Nr. 6 BewacherV geregelt.

Darüber hinaus wurden durch die Ordnungsdienstkräfte 6 Auflagenverstöße (z.B. kein Wachbuch) festgestellt.

Frage: Welche Sanktionen wurden von den Behörden verhängt? Wir bitten hierbei um eine Aufschlüsselung nach der jeweiligen Behörde.

Hinsichtlich der Verstöße, die durch das Ordnungsamt dokumentiert wurden, ist eine finale Auswertung der Sanktionen noch ausstehend. Die entsprechenden Verfahren laufen noch. Bezüglich der Sanktionen anderer Behörden liegen dem Ordnungsamt keine Informationen vor.

Frage: Gibt es mittlerweile eine finale Auswertung der Sanktionen?

Aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens erfolgte seitens der Bußgeldstelle bisher noch keine Ahndung des Tattages.

Frage: Welche offenen Forderungen wurden eingetrieben? Es soll u.a. zur Beschlagnehmung einer Rolex gekommen sein.

*Bei solchen behördenübergreifenden Schwerpunktaktionen wird bei Beteiligung der Vollstreckungsabteilung auch geprüft, ob die Stadt Köln offene und fällige Forderungen gegen die kontrollierten Personen hat. Sofern dies der Fall ist, können Vollstreckungsmaßnahmen wie z.B. Sachpfändungen eingeleitet werden. Hierdurch können dann entweder durch Veräußerung des Pfandstücks oder durch freiwillige Zahlungen der Schuldner*innen, um das Pfandstück zurückzuerhalten, die offenen Forderungen beglichen werden. Bei der hier genannten Aktion wurden Forderungen aus verschiedenen Einnahmearten der Stadt Köln entweder realisiert oder gesichert.*

Frage: Können diese verschiedenen Forderungen mit Zahlen dargestellt werden?

Im Rahmen der Aktion konnten Forderungen in Höhe von derzeit rd. 80.000,00 € gesichert bzw. realisiert werden.

Es handelt sich dabei um Forderungen aus dem Steuer-, Ordnungswidrigkeiten- und Gebührenbereich. Weitere Angaben sind aus Datenschutzgründen nicht möglich.

Frage: Wie viele der kontrollierten Personen und Betriebe, denen Verstöße nachgewiesen werden konnten, sind bereits in der Vergangenheit ähnlich aufgefallen?

Hierzu können aktuell keine Details mitgeteilt werden, es werden nicht alle Fallzahlen statistisch festgehalten und dokumentiert.

Frage: Können mittlerweile Details vorgelegt werden?

Das Ordnungsamt dokumentiert dies nicht, sodass keine Details vorgelegt werden können.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.6 Beantwortung einer Anfrage der FDP Fraktion (AN/2182/2022) betreffend "Multifunktionales Kundenzentrum" 0095/2023

RM Görzel äußert sich kritisch zur Beantwortung. Er habe sich mehr Leidenschaft gewünscht. Unter Ziffer 3 sei zum Beispiel nach anderen Dienstleistungen gefragt worden, es sei aber sehr allgemein beantwortet worden. Es hätte eine Chance gewesen sein können, den Prüfbericht aus dem nächsten Rechnungsprüfungsausschuss mit in die Vorlage einfließen zu lassen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.7 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion DIE FRAKTION (AN/0905/2022) betreffend "Reversible Haarnadeln" 0020/2023

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.2 Sponsoringrichtlinie 3908/2022

Frau Brunner erkundigt sich, ob es einen detaillierteren Leitfaden zu der Richtlinie gebe. Unter Punkt III. („Die Werte und Ziele der Stadtverwaltung“) seien eine nähere Definition und klarere Regelungen in Bezug auf Personen und Gruppen aus dem rechten Spektrum oder zum Schutz von Kindern wünschenswert. Des Weiteren fragt sie nach, ob es Wertgrenzen gebe, bei denen die Politik vor Abschluss des Vertrages beteiligt werde und wenn ja, wo diese liegen würden.

Die Nachfragen werden schriftlich beantwortet.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

4.3 Projekt Personalrisikomanagement - Fazit 4006/2022

RM Dr. Krupp bittet darum, eine funktionsfähige Zwischenlösung zu finden. Es sollten neue technische Lösungen angeschafft werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Straßenkarneval 2023
Hier: Darstellung der Prüfergebnisse zum Ratsbeschluss vom
08.12.2022, TOP 3.1.6
0149/2023

Auf Nachfrage bestätigt Frau Stadtdirektorin Blome, dass Alkohol nur an Personen unter den Rahmenbedingungen des Jugendschutzgesetzes verkauft werde.

RM Krupp teilt mit, dass die Kölner Ringe als Alternativfläche bevorzugt worden wären.

RM Tokyürek habe sich ebenfalls eine andere Entscheidung gewünscht. Insbesondere sei eine detailliertere Begründung wünschenswert, warum die anderen Flächen nicht genutzt werden könnten. Für die folgenden Karnevalstage sollten andere Lösungen in Betracht gezogen werden.

RM Görzel ergänzt, dass für die Zukunft enger zusammengearbeitet werden müsse und andere Lösungen gefunden werden sollten.

RM Marx teilt mit, die Grünfläche als Gefahrenabwehrfläche akzeptiert werde aber nicht als künftige Eventfläche.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass auch eine generelle Frage (außerhalb der Karnevalstage) gestellt werden müsse. Es müsse zum Thema Müllvermeidung rund um den Aachener Weiher ebenfalls eine Lösung gefunden werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
0138/2023

Der Vorsitzende merkt an, dass eine jährliche Berichterstattung (zwecks Abbau von Bürokratie) ausreichen würde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Mitteilung zu DE 4030/2022 - schulrechtliche Änderung mehrerer Gymnasien ab den Schuljahren 2023/24 und 2024/25
0045/2023

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.7 Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung
1020/2022

Herr Adolf bittet die Beratungsfolge um die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu erweitern.

RM Bauer-Dahm bittet um Erweiterung der Beratungsfolge um den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren. Des Weiteren äußert er den Wunsch, dass mehr Anschlussbeschäftigungen gefunden werden sollten.

RM Tokyürek ergänzt, dass eine künftige Beschäftigung bestenfalls bei der Stadt Köln geschaffen werden solle.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Herr Dicken begrüßt die Beiträge der Politik und stellt ebenfalls die Begründung für die Befürwortung einer Weiterbeschäftigung dar.

Die Gesamtvertrauensperson Frau Holzauer befürwortet, den Menschen aus dem Inklusionsprojekt dauerhaft eine Perspektive bieten zu können.

RM Dr. Krupp ergänzt, dass diese Arbeitskräfte auch aufgrund des Personalmangels dringend gebraucht werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.8 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 17. Januar 2023 0003/2023

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfragen aus vorherigen Sitzungen

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Synergieeffekte zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen" AN/0017/2023

Die Anfrage wird zurückgestellt.

6.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Kostenentwicklung externe Beauftragungen" AN/0179/2023

Die Anfrage wird zurückgestellt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Anfrage der StadtAG LST betreffend: "Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln"

Herr Spröde stellt folgende Fragen zu Tagesordnungspunkt 7.1 betreffend "Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln".

- Warum gibt es nicht mehr Fortbildungen für alle Mitarbeitenden?
- Was plant die Verwaltung, damit es ein Konzept für alle Mitarbeitenden gebe, das

- auch als zusätzliche Qualifikation gesehen werden könne (werbende Maßnahme)?
- Wer übernimmt künftig die Steuerung für das Thema?

Die Fragen werden im Nachgang wie folgt beantwortet:

Die Stadt Köln baut ihre Fortbildungsangebote zu „Diskriminierungsfreiem Handeln“ aus. Mit einer Fortbildungsreihe sollen die Mitarbeitenden der Stadt Köln zu den Themen Rassismus und Diskriminierung sensibilisiert werden. Es soll ein Reflexionsprozess angestoßen, vertieft und möglichst nachhaltig implementiert werden. Im beruflichen Alltag entstehen immer wieder Kontakte mit Personen, die sich durch menschliches Verhalten diskriminiert oder rassistisch angegriffen fühlen. Hier gilt es, mit Wissen und Fingerspitzengefühl zu agieren.

Die Vielfalt sexueller Identitäten und Lebensformen erfordert Sensibilität. Unwissenheit und Respektlosigkeit können leicht zu Konflikte führen, die im Weiteren zu grenzverletzendem Verhalten und Eskalationen führen können.

Die Stadt Köln führt aktuell eine Fortbildungsreihe bei dem Amt für öffentliche Ordnung durch. Insbesondere städtische Außendienstkräfte haben tagtäglich Kontakt zu Personen mit unterschiedlichsten Hintergründen. Mit der Fortbildungsreihe wird das Bewusstsein für Ausgrenzung und struktureller Benachteiligung geschärft. Die eigene Haltung und Handlung wird in den behandelten Themen und Trainings auf diskriminierungsfreies Handeln überprüft, so dass neue Perspektiven eröffnet und die eigenen Handlungskompetenzen erweitert werden.

Aus den Erkenntnissen und Erfahrungen dieser Fortbildungen wird die Personalentwicklung ein stadtweites Angebot für alle Mitarbeitenden der Stadt Köln formulieren.

Das o.g. Fortbildungsangebot ist in Zusammenarbeit dem Amt für Integration und Vielfalt, dem Amt für öffentliche Ordnung und dem Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement entwickelt. Erste Fortbildungen in 2022 wurden beendet, da Inhalt und Durchführung der Fortbildung als nicht zielgruppeneignet bewertet wurden.

In der genannten Zusammenarbeit wird das Fortbildungsangebot evaluiert und ein stadtweites Angebot für alle Mitarbeitenden der Stadt Köln durch die Abteilung Personalentwicklung formuliert. Hierbei wird auch eine Verbindung zu „Unconscious Bias“ (unbewusste Voreingenommenheit) hergestellt und herausgearbeitet, welchen Einfluss „Unconscious Bias“ auf das Verhalten im Arbeitsalltag hat.

Unconscious Bias ist auch Bestandteil des Seminars „Diversity und der erfolgreiche Umgang mit Vielfalt“. Ziel ist hier, ein Bewusstsein für Vielfalt als Erfolgsfaktor zu schaffen, die eigenen Denk- und Verhaltensweisen zu reflektieren und das Handlungsrepertoire zu erweitern.

8 Anträge

8.1 Antrag der Fraktionen: Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die LINKE, FDP, Volt betreffend "Beitritt zur Kampagne der Menschenrechtsstädte." AN/2305/2022

RM Andreas Wolter erläutert den Antrag für den Ausschuss.

Beschluss:

Der Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu dem Ziel, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte auf der lokalen Ebene weiter zu stärken, auch durch noch intensiveren internationalen Austausch. Die Stadt Köln erklärt ihren Beitritt zur Kampagne der Menschenrechtsstädte des Weltverbandes der Kommunen (UCLG), „10, 100, 1.000 Menschenrechtsstädte bis 2030“, und beauftragt die Oberbürgermeisterin, UCLG den Beitritt Kölns zur Kampagne zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Platzvergaben

**9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2023
4153/2022**

RM Marx merkt an, dass in der Vorlage der 23.11.2023 als Beginn der Veranstaltung festgehalten worden sei, richtig sei aber der 20.11.2023.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2023
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Informations-Ausstellung „Im Einsatz mit Ärzten ohne Grenzen“ vom 08.06. – 18.06.2023 (inkl. Auf- und Abbau 07.06. – 19.06.2023)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Vorgriff auf die Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2023
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - der Informationsveranstaltung „Road to Burgenland“ vom 08.09. – 10.09.2023 (inkl. Auf- und Abbau 05.09. – 11.09.2023)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.
 - b. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
 - der Konzertreihe „Brings meets Classics“ vom 18.08. – 19.08.2023 (inkl. Auf- und Abbau 13.08. – 24.08.2023)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Mitgliedschaft der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln beim Deutschen Institut für Interne Revision e.V. (DIIR), Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main
4079/2022**

Beschluss:

Der Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln dem Deutschen Institut für Interne Revision e.V. (DIIR), Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main als Mitglied beitrifft.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt derzeit 600 Euro jährlich für ein Kontingent von 4-9 Revisor*innen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2023 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
4182/2022**

Aus Sicht von RM Richter sollte die Sonntagsöffnung am 08.10.2023 herausgenommen werden. Den anderen Öffnungen könne zugestimmt werden.

RM Dr. Krupp teilt mit, dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis/90 Die Grünen nicht zustimmen zu wollen.

RM Görzel begrüßt die vermehrten Sonntagsöffnungen, so dass der Vorlage mit allen Vorschlägen zugestimmt werde.

Der Vorsitzende befürwortet, die rechtlichen Bedingungen prüfen lassen und aus dem Grund die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien geben zu wollen.

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**10.3 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024
4117/2022**

Beschluss:

Der Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt für die Jahre 2023 und 2024 die in der Anlage dargestellte Verteilung des „Integrationsbudget“ in einer Gesamthöhe von 2.011.521,93 € brutto für das Haushaltsjahr 2023 und in einer Gesamthöhe von 2.025.526,01 € brutto für das Haushaltsjahr 2024.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (2023: 200.000 €; 2024: 200.000 €) und in der Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen (2023: 1.811.521,93 €; 2024: 1.825.526,01€) im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 01. August 2011, hier: Neufassung der Satzung 1758/2022

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

11.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe von Leistungen für den Themenbereich Sicherheit im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Fußball EM 2024 3639/2022/1

Beschluss

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales erkennt den Bedarf zur Vergabe von Lieferungen und Leistungen für die Erstellung des Sicherheitskonzeptes mit anschließender Umsetzung zur Vorbereitung und Durchführung der Fußball EM 2024 vorbehaltlich der Vorberatungen im Finanz- und Sportausschuss an und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten.

Die voraussichtlichen Kosten für das Sicherheitskonzept, die Umsetzung des Konzeptes sowie die daraus resultierenden Maßnahmen betragen 1.500.000,- € Brutto.

Im Haushaltsplan 2023/2024 sind im Teilergebnisplan 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen - Aufwandsermächtigungen für das Sicherheitskonzept und deren Umsetzung im Rahmen der Austragung der Euro 2024 in Höhe von 0,3 Mio. € in 2023 und 1,2 Mio. € in 2024 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.2 ECAS/Afrika-Festival "African Futures" hier: Freigabe der Finanzmitteln für das Rahmenprogramm des Afrika Festivals 3913/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / beschließt die Freigabe der zum Haushaltsplan 2022 zugewetzten Mittel in Höhe von 100.000 Euro für das Rahmenprogramm der ECAS/Afrika-Festival „African Futures“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Gez. Bernd Petelkau
(Vorsitzender)

Gez. Anja Siemon
(Schriftführerin)

